

ULRICH SCHMID

ZWISCHENRESÜMEE:  
POSTSOZIALISTISCHE REVOLUTIONEN,  
EUROPÄISCHE AMBIVALENZEN,  
IMPERIALE PHANTOMSCHMERZEN  
UND GESCHICHTSKRIEGE

Mitten im Umbruch des Jahres 1990 stellte Timothy Garton Ash eine eingängige mathematische Formel auf. In Polen habe die Auflösung der sozialistischen Herrschaft zehn Jahre gedauert, in Ungarn zehn Monate, in der DDR zehn Wochen und in der Tschechoslowakei zehn Tage.<sup>1</sup> In der Tat wiesen die Volksrepubliken in Osteuropa unterschiedliche Zerfallsgeschwindigkeiten auf. Die Entstehung dieser Machtsysteme war hingegen relativ einheitlich und erfolgte in einem kurzen Zeitfenster nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs: In den meisten Ländern bildete sich eine von Moskau unterstützte kommunistische Regierung, die durch die Zwangsvereinigung aller sozialdemokratischen Kräfte in eine allein herrschende Einheitspartei verwandelt wurde.

Allerdings sollte man nicht – wie Anne Applebaum das getan hat – nur mit dem Finger auf den machiavellistisch agierenden Kreml zeigen.<sup>2</sup> Natürlich hatte Stalin ein Interesse daran, den Einflussbereich der Sowjetunion nach 1945 massiv auszuweiten. Allerdings zeigten sich viele Intellektuelle nach dem Zweiten Weltkrieg in den Satellitenstaaten mit der Dimitrov-These einverstanden: Wenn eine bürgerliche Demokratie keine sozialistische Revolution erlebe, sinke sie in den Faschismus ab. In fast allen osteuropäischen Gesellschaften begeisterten sich Kulturschaffende zumindest zeitweise für das stalinistische demiurgische Projekt. Kurz vor

---

<sup>1</sup> TIMOTHY GARTON ASH, Ein Jahrhundert wird abgewählt. Aus den Zentren Mitteleuropas 1980–1990, München 1990, S. 401.

<sup>2</sup> ANNE APPLEBAUM, Der Eiserne Vorhang. Die Unterdrückung Osteuropas 1944–1956, Göttingen 2013.

dem Einsetzen des Großen Terrors schrieb Boris Pasternak die erste Stalin-Ode. Auf dem Höhepunkt der Repressionen gegen ukrainische Kulturschaffende verherrlichte Pavlo Tyčyna die kommunistische Partei. In der Tschechoslowakei besang Vítězslav Nezval den Diktator in einem „lyrisch-epischen Poem“. In Ungarn verteidigte Georg Lukács Stalin als Schöpfer einer gerechten Gesellschaftsordnung. In Jugoslawien hielt Ivo Andrić Lobreden auf den sowjetischen Führer. In Polen verfasste die junge Wisława Szymborska ein Trauergedicht auf den Tod Stalins. In der DDR veröffentlichte Bertolt Brecht einen pathetischen Nachruf. Diese Liste ließe sich ohne Schwierigkeiten verlängern.

Allerdings änderte sich das stille oder explizite Einverständnis der Bevölkerung und oft auch der Eliten mit der sozialistischen Herrschaftsordnung bald. Ost-Berlin 1953, Budapest 1956, Prag 1968 und Stettin 1970 heißen die wichtigsten Stationen der fortschreitenden Delegitimierung der Moskauer Satellitenregime. In allen Fällen kam es zu Protesten, die in der marxistischen Ideologie gar nicht vorgesehen waren. Weil die sozialistischen Länder sich ja ihrem Anspruch nach als Arbeiter- und Bauernstaaten verstanden, stellten unzufriedene oder sogar aufbegehrende Proletarier eine politische Erscheinung dar, die entweder sofort unterdrückt oder überhaupt geleugnet werden musste. Allerdings ging es bei diesen Protesten nicht um die Einführung eines kapitalistischen Systems.

Vor allem in Budapest 1956 und in Prag 1968 waren die Anführer der Protestbewegung selbst überzeugte Kommunisten, die das depravierte System wieder auf den richtigen marxistischen Weg bringen wollten. Eine Besonderheit besteht darin, dass es in der Sowjetunion selbst kaum zu Protestbewegungen kam. Zwar gab es vereinzelte Zwischenfälle wie in Krasnodar 1961, Novočerkassk 1962 und Krivyy Rih 1963, allerdings ging es dabei um Versorgungsschwierigkeiten oder Übergriffe der Miliz – diese Ereignisse wurden von der Bevölkerung als Einzelprobleme und nicht als Systemdefekte wahrgenommen. Die unterschiedliche Geschwindigkeit des mehr oder weniger langsamen Abschieds vom sozialistischen Herrschaftssystem hat in Osteuropa vor allem kulturelle Gründe. Die hohe Resilienz der Polen gegen das kommunistische Regime ist in erster Linie auf die Widerstandskraft des Katholizismus zurückzuführen. Bereits 1944 hatte Stalin sich herablassend über die Macht des Katholizismus geäußert und Churchill in Jalta gefragt, wie viele Divisionen der Papst denn habe.<sup>3</sup>

---

<sup>3</sup> HIROAKI KUROMIYA, *Stalin. Profiles in Power*, Abingdon / New York 2013, S. 160. Ein erstes Mal fiel dieses Bonmot in einem Gespräch Stalins mit dem französischen Außenminister Pierre Laval im Jahr 1935.

Die Frage allein zeigt, wie stark Stalin sein Machtverständnis auf die Anwendung von Gewalt und Repression gründete und wie wenig Verständnis er für geistigen Widerstand aufbrachte. Der Erfolg der *Solidarność* in den 1980er Jahren beruhte allerdings sehr wohl auf der Legitimierung dieser Bewegung durch die katholische Kirche und vor allem durch Papst Johannes Paul II. Der kommunistische Herrschaftsapparat verlor seine Autorität restlos, als Geheimdienstbeamte 1984 den oppositionellen Priester Jerzy Popiełuszko ermordeten. Seine Beisetzung wurde zu einer Massendemonstration gegen die Regierung.

Eine ähnliche Funktion wie der Katholizismus in Polen erfüllte die metaphysisch überhöhte Demokratie Masarykscher Prägung in der Tschechoslowakei. Während Lech Wałęsa sich auf seine Rolle als unabhängiger Gewerkschaftsführer und seinen offen praktizierten katholischen Glauben stützte, verfügte Václav Havel über einen hohen moralischen Kredit als Bürgerrechtler und Mitbegründer der Charta 77. In Ungarn profilierte sich der junge Viktor Orbán als politischer Akteur, als er im Juni 1989 anlässlich der Neubestattung von Imre Nagy freie Wahlen und den Abzug der sowjetischen Truppen forderte.

In den meisten osteuropäischen Staaten vollzog sich die Wende ohne Gewalt. Eine prekäre Ausnahme bildet dabei Rumänien. Die blutigen Ereignisse vom Dezember 1989 forderten über 1.000 Todesopfer. Bis heute ist unklar, ob es sich bei der Erhebung gegen Ceaușescu um einen spontanen Volksaufstand oder um eine sorgfältig inszenierte Verschwörung handelte. Mit Sicherheit lässt sich aber sagen, dass die Liveübertragung der dramatischen Ereignisse den Erfolg dieser „Telerevolution“ entscheidend beeinflusst hat.<sup>4</sup>

Die kommunistische Vergangenheit war für die osteuropäischen Staaten traumatisch. Die 1990er Jahre bildeten zunächst ein ideologisches Vakuum, das aufgefüllt werden musste. In den meisten Fällen versuchte man, an die Tradition der Eigenstaatlichkeit aus der Zwischenkriegszeit anzuknüpfen. Die Gründung der Dritten Republik in Polen leitete sich direkt aus der Zweiten Republik ab, die aus staatsrechtlicher Sicht auch während der sozialistischen Herrschaft nicht aufgehört hatte zu existieren. Der tschechoslowakische Staat griff nach der samtenen Revolution auf denselben Staatsnamen wie unter Masaryk zurück. Die Ausrufung der Republik Ungarn am 23. Oktober 1989 bezog sich explizit auf die re-

---

<sup>4</sup> ULRICH SCHMID, Der dramaturgische Kern der rumänischen „Telerevolution“ von 1989, in: Zerfall und Neuordnung. Die „Wende“ in Osteuropa von 1989/91, hg. v. PETER COLLMER u. a., Köln 2019, S. 213–227.

publikanischen Projekte von 1848 (Lajos Kossuth), 1918 (Mihály Károlyi) und 1945 (Zoltán Tildy).

Die kommunistische Nachkriegszeit wurde in diesen Ländern als eine von außen oktroyierte Fremdherrschaft begriffen, die den autochthonen Traditionen der Staatlichkeit widersprach. Während also in den postsozialistischen Staaten die Rückbesinnung auf die eigenen nationalen Projekte in den Vordergrund rückte, erfolgte 1992 mit der Unterzeichnung des Vertrags von Maastricht ein entscheidender Schritt in der supranationalen Einigung, als sich die Europäischen Gemeinschaften in die Europäische Union transformierten. Dabei wurde auch eine gemeinsame Unionsstaatsbürgerschaft begründet, deren Verhältnis zur nationalen Staatsbürgerschaft allerdings weitgehend ungeklärt ist.<sup>5</sup>

Diese Gleichzeitigkeit eröffnete ein Spannungsfeld, das bis heute das Verhältnis vieler osteuropäischer Staaten zur europäischen Integration bestimmt. Die zwei Extrempositionen des Spektrums können mit den Schlagworten „Vereinigte Staaten von Europa“ und „Europa der Vaterländer“ umrissen werden. Prominent wurden diese Positionen von Winston Churchill bzw. Charles de Gaulle vertreten – wobei hervorzuheben ist, dass Churchill Großbritannien gerade nicht in den Vereinigten Staaten von Europa aufgehoben sehen wollte.

Der Beitritt der osteuropäischen Länder zur EU vollzog sich in den Jahren 2004 und 2007 relativ schnell. Seit einiger Zeit werden allerdings in Brüssel kritische Stimmen laut, die den verfrühten Beitritt von Bulgarien und Rumänien kritisieren und daraus weitgehende Schlüsse für weitere Erweiterungsrunden ziehen. In den postsozialistischen Staaten selbst konkurrieren bis heute verschiedene Europakonzepte. Der fehlende Konsens in der Europafrage manifestiert sich vor allem in Polen, Tschechien, Ungarn und Rumänien in der weit hinausgezögerten Einführung des Euro als europäischer Einheitswährung.

Auch der Beitritt der postsozialistischen Länder zur NATO vollzog sich nicht ohne Nebengeräusche. Beispielhaft für die Haltung vieler osteuropäischer Staatschefs kann die Entwicklung der Positionen von Václav Havel gelten. 1990 hatte er eine neue Militärdoktrin und einen neuen Namen für die NATO gefordert. Aber schon im März 1991 hielt er im Brüsseler Hauptquartier eine Brandrede für die westliche Verteidigungsallianz:

---

<sup>5</sup> JOSEPH H. H. WEILER, To be a European Citizen. Eros and Civilization, in: *Journal of European Public Policy* 4 (1997), S. 495–519.

„Seit meiner Jugend hörte ich in meinem Land von allen Medien über die NATO immer nur das Eine: Dass sie ein Bollwerk des Imperialismus sei, der Teufel in Person, der den Frieden gefährde und uns vernichten wolle. Ich freue mich über die Gelegenheit, hier und heute die Wahrheit sagen zu können: Das Nordatlantische Bündnis ist und bleibt nach dem Willen der demokratisch gewählten Regierungen seiner Mitgliedstaaten eine durch und durch demokratische Verteidigungsgemeinschaft, die wesentlich dazu beigetragen hat, dass dieser Kontinent seit fast einem halben Jahrhundert von Krieg verschont geblieben ist und ein großer Teil Europas vor dem Totalitarismus bewahrt wurde.“<sup>6</sup>

Der Beitritt der osteuropäischen Länder zur NATO wurde von den politischen Eliten mit mäßigem Rückhalt in den jeweiligen Bevölkerungen betrieben. In den meisten Ländern bewegte sich die Zustimmung zu einer NATO-Mitgliedschaft in einem schmalen Bereich von 27 bis 32 Prozent. Oft wurde die Neutralität als valable Alternative ins Spiel gebracht. Die beiden Ausnahmen waren Polen und Rumänien, die als historische Opfer russischer und sowjetischer Aggressionen stärker auf die Einbindung in das westliche Sicherheitssystem drängten.<sup>7</sup> Die NATO bezog sich auf solche Prädispositionen, als sie für ihre europäischen Raketenabwehrsysteme Standorte im polnischen Redzikowo und im rumänischen Deveselu auswählte. Im Fall Polens ist auch auf die traditionell enge Verbindung zu den USA hinzuweisen, die sich auch darin äußerte, dass Polen neben Großbritannien der einzige Verbündete war, der im Irakkrieg das Kommando über eine der vier Besatzungszonen erhielt.<sup>8</sup>

Der tiefere Grund für die osteuropäische Skepsis gegenüber den Integrationsprojekten der EU und der NATO liegt darin, dass viele der neuen Mitgliedsstaaten über eine eigene imperiale Tradition verfügen. Die polnisch-litauische Adelsrepublik war im 17. Jahrhundert die wichtigste Regionalmacht. Ungarn trauert bis heute um den Verlust eines großen Teils der Länder der Heiligen Stephanskronen nach dem Ersten Weltkrieg. 2013 gründete Viktor Orbán per Dekret das Forschungsinstitut „Veritas“, das die neuere ungarische Geschichte „wahrheitsgetreu“ und „im Interesse der Nation“ beschreiben soll. Bereits während seiner ersten Amtszeit als

---

<sup>6</sup> FRANK SCHIMMELFENNIG, *The EU, NATO and the Integration of Europe. Rules and Rhetoric*, Cambridge 2003, S. 232.

<sup>7</sup> GEORGE CUNNINGHAM, *EU and NATO Enlargement. How Public Opinion is Shaping up in Some Candidate Countries*, in: *NATO Review* 45 (1997), S. 16–18.

<sup>8</sup> STEFAN BEDNAREK / MICHAŁ MATLAK, *Mehr als eine platonische Liebe. Das polnische Amerikabild*, in: *Osteuropa* 61 (2011), H. 1, S. 139–150.

Ministerpräsident hatte Ungarn aufwendig die Tausendjahrfeier der eigenen Staatlichkeit begangen und aus diesem Anlass auch die Stephanskronen ins Parlamentsgebäude überführt. In Rumänien ist die Erinnerung an Großrumänien in der Zwischenkriegszeit immer noch wach. Bulgarien beherrschte im frühen Mittelalter große Territorien auf dem Balkan.

Außerhalb der EU ist natürlich Russland das prominenteste Beispiel eines Landes mit postimperialem Phantomschmerz. In seiner magistralen Rede vom 18. März 2014 anlässlich der Annexion der Krim bezeichnete Putin Russland als „eine der größten, wenn nicht die größte geteilte Nation der Welt“. Im Blick hatte er dabei natürlich die beträchtlichen russischen Minderheiten im postsowjetischen Raum. Allerdings verschwieg er dabei die Tatsache, dass sich der Irredentismus der ethnischen Russen im „nahen Ausland“, zumal derjenigen mit einem EU-Pass, in überschaubaren Grenzen hält.<sup>9</sup> Als Konstante lässt sich jedoch festhalten, dass jedes supranationale Integrationsprojekt mit den imperialen Geschichtsmythen der einzelnen Mitgliedsländer kollidieren kann.

Die 1990er Jahre waren in Osteuropa vom Bewusstsein geprägt, dass die Weltgeschichte hier und jetzt passiert. Die Vergangenheit ging vollständig in der Gegenwart auf, die Zukunft schrumpfte auf einen Horizont von wenigen Wochen oder Monaten zusammen. Besonders dramatisch zeigte sich die Sublimierung der Geschichte in der Gegenwart in den Jugoslawienkriegen. Mit seinem Film „Underground“ (1995) gelang Emir Kusturica eine gültige Parabel auf die Gewaltbereitschaft der verschiedenen ethnischen Gruppen im Bosnienkrieg: Die Protagonisten des Films glauben, der Partisanenkampf aus dem Zweiten Weltkrieg dauere immer noch an. Allerdings ist Kusturica weit davon entfernt, diese Geschichtsversessenheit aus einer aufklärerischen Perspektive zu kritisieren. Im Gegenteil: Er hat sich zusehends auf serbisch-nationalistische Positionen zurückgezogen. 2005 ließ sich der gebürtige Bosnjak serbisch-orthodox taufen. 2008 ließ er das serbische Bauerndorf Drvengrad errichten, 2011 folgte der Stadtteil Andrićgrad im bosnischen Višegrad.

Beide Bauprojekte konstruieren ein nationalistisches Disneyland, das sich vor allem gegen den westlichen, näherhin österreichischen Einfluss in der serbischen Kulturgeschichte wendet. Von solchen Idiosynkrasien profitiert vor allem Russland, das seine *soft power* immer deutlicher in Serbien geltend macht. Am prominentesten geschah dies bei der Herstellung des Kuppelmosaiks des Doms des Heiligen Sava in Belgrad, das

---

<sup>9</sup> YVES PARTSCHEFELD, Ein Land – zwei Geschichten. Die Erinnerungen von Esten und Russen in Estland im Vergleich, St. Gallen 2013.

mit russischen Geldern finanziert wurde. Die kirchenslavisch stilisierte Inschrift über dem Haupteingang des Gotteshauses ist als religionsgeschichtliche Mimikry in reinem Russisch verfasst.

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts wurde die nationale Geschichte in allen osteuropäischen Ländern als Machtressource eingesetzt. Dabei lassen sich im Wesentlichen zwei Spielarten unterscheiden: der Heldendiskurs und der Opferdiskurs. Besonders ausgeprägt ist der Heldendiskurs in Russland. Seit 2005, dem 60. Jahrestag des Endes des „Großen Vaterländischen Krieges“, steht der Sieg über Hitlerdeutschland im Zentrum der russischen Geschichtspolitik. Die Allianz mit den Westmächten wird dabei kaum erwähnt. Eine deutliche Entwicklung lässt sich auch in der offiziellen Bewertung des Ribbentrop-Molotov-Paktes [d. h. des deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrags vom 23. August 1939, B. P.-E.] und der Figur Stalins beobachten.

Lange Zeit hielt sich der Kreml zurück in diesen Fragen. In jüngster Zeit verstärkt sich jedoch eine apologetische Tendenz, in der das sowjetische Bündnis mit den Nationalsozialisten als taktisches Manöver gedeutet wird. Bei der Deutung Stalins scheint sich eine „chinesische“ Sichtweise durchzusetzen, nach der der Tyrann wie Mao zu 70 Prozent als „gut“ und zu 30 Prozent als „schlecht“ betrachtet wird. Neuen Nährstoff erhielt diese Debatte im September 2019, als das Europäische Parlament eine Resolution zur „Bedeutung der Erinnerung an die europäische Vergangenheit für die Zukunft Europas“ verabschiedete.<sup>10</sup> In diesem Text ist explizit von zwei „totalitären Regimen“ in Europa die Rede. Den besonderen Zorn des Kreml erregte das Dokument, weil es Stalin und Hitler auf eine Stufe stellte. Als Reaktion unterzeichnete Präsident Putin 2021 ein Gesetz, das die Gleichstellung von Nazi- und Stalindiktatur verbietet und die Leugnung der „humanitären Mission der Sowjetunion“ bei der „Befreiung“ Osteuropas nach dem Zweiten Weltkrieg unter Strafe stellt.

In der Ukraine tauchten nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Systems neue Helden auf. Plötzlich trafen gegensätzliche Geschichtsinterpretationen aufeinander: Waren die Kämpfer der UPA faschistische Verräter oder heldenhafte Vorkämpfer eines ukrainischen Staates? Verschärft wurde die Debatte noch durch die Geschichtspolitik von Präsident Juščenko. 2007 hatte er den UPA-Kommandeur Roman Šuče-

---

<sup>10</sup> Entschließung des Europäischen Parlaments vom 19. September 2019 zur Bedeutung des europäischen Geschichtsbewusstseins für die Zukunft Europas P9\_TA(2019)0021, 19.09.2019, [https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2019-0021\\_DE.pdf](https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2019-0021_DE.pdf) (Zugriff: 05.10.2020).

vyč zum „Helden der Ukraine“ erklärt, 2010 folgte Stepan Bandera.<sup>11</sup> Allerdings annullierte der Sieger der Präsidentschaftswahlen 2010, Viktor Janukovyč, die Auszeichnung Banderas als „Held der Ukraine“ im Januar 2011 gleich wieder. Auch Šuchevyč wurde der Titel im August 2011 aberkannt. 2016 benannte der Stadtrat von Kiev den „Moskauer Prospekt“ in „Bandera-Prospekt“ um.<sup>12</sup>

Der Erinnerungskrieg, der um die Gestalt von Stepan Bandera tobt, lässt sich auch gut an der Denkmalkultur in der Ukraine ablesen. Seit 1990 sind vor allem in Galizien, aber neuerdings auch in Wolhynien 46 Bandera-Denkmäler errichtet worden. In dieser Gegend, die auch als Bandera-Land bezeichnet wird, sind außerdem über hundert Straßen nach dem Nationalistenführer benannt worden. In der Westukraine haben zahlreiche Bandera-Denkmäler die obsolet gewordenen sowjetischen Monumente für Lenin, für den Tscheka-Gründer Feliks Dzierżyński oder für Rotarmisten ersetzt. Pikanterweise wiederholen aber die neuen Bandera-Statuen die Ästhetik der Lenindenkmäler – beide werden als Führer von Volksbewegungen verehrt, und dafür gibt es in den Siedlungsgebieten der Bevölkerung nur einen bestimmten visuellen Stil.<sup>13</sup>

Viel prominenter als der Heldendiskurs ist allerdings der Opferdiskurs. Auch in Russland gibt es ein Komplement zur heroischen Siegeserzählung des Zweiten Weltkriegs. Im Januar 2020 gelang es Putin, in Jerusalem am Rande einer Auschwitz-Gedenkveranstaltung ein Denkmal für die Opfer der Leningrader Blockade einzuweihen. Damit schloss er den Opferdiskurs des Leidens der sowjetischen Zivilbevölkerung an die international etablierte Erinnerung an den Holocaust an.

Polen verfügt in Europa über die längste Tradition einer martyriologischen Geschichtsdeutung. Die romantische Literatur mit ihrem Messianismus legte eine Reihe von mittlerweile kanonischen Texten über die traumatische Erfahrung der Aufstände des 19. Jahrhunderts vor. Fortgesetzt wurde diese Tradition in der Erinnerungsarbeit zum Ghetto-Aufstand 1943 und dem Warschauer Aufstand 1944. Spätestens seit Andrzej Wajdas Film „Katyń“ (2007) steht aber die Hinrichtung von mehreren

---

<sup>11</sup> FRANK GOLCZEWSKI, Die umstrittene Tradition. OUN/UPA und nation-building, in: Die Ukraine. Prozesse der Nationsbildung, hg. v. ANDREAS KAPPELER, Köln u. a. 2011, S. 319–334, hier S. 319.

<sup>12</sup> ULRICH SCHMID, Ukraine. Contested Nationhood in a European Context, London / New York 2019, S. 62 f.

<sup>13</sup> ANDRE LIEBICH / OKSANA MYSHLOVSKA, Bandera: memorialization and commemoration, in: Nationalities Papers 42 (2014), H. 5, S. 750–770, <http://dx.doi.org/10.1080/00905992.2014.916666> (Zugriff: 14.06.2021).



Tausend polnischen Offizieren durch den sowjetischen NKVD im Jahr 1940 im Zentrum des polnischen Opferdiskurses. In jüngster Zeit kommt ein weiteres Thema hinzu: Im Sommer 1943 ermordeten ukrainische Nationalisten in Wolhynien, das vor 1939 eine Wojewodschaft der Zweiten Republik gewesen war, mehrere Zehntausend Polinnen und Polen. Im Juni 2016 verabschiedete der Sejm eine Resolution, in der das Massaker von Wolhynien als Genozid am polnischen Volk eingestuft wurde. Bereits drei Jahre zuvor hatte das polnische Parlament „von einer ethnischen Säuberung mit Anzeichen eines Genozids“ gesprochen.

Auch in Kroatien, wo das Scheitern des jugoslawischen Staatsprojekts wesentlich weniger bedauert wird als in Serbien, bildet der Opferdiskurs einen wichtigen gesellschaftlichen Konsens. Besonders prominent ist der alljährliche Aufmarsch von kroatischen Patrioten und Rechtsextremen im kärntnerischen Bleiburg. Tausende gedenken jeweils im Mai der zahlreichen *Ustaša*-Kämpfer, die 1945 von den Briten den serbischen Partisanen übergeben und später massakriert wurden.

In Kroatien selbst hat der Opferdiskurs zu verschiedenen architektonischen Ausprägungen geführt. In den 1990er Jahren ließ Franjo Tudman in Medvedgrad, einer zerfallenen Burgruine über Zagreb, einen „Altar des Vaterlands“ errichten, der an alle kroatischen Märtyrer erinnern sollte. In den 2000er Jahren wurden in Čavoglave und in Udbina je eine „Kirche der kroatischen Märtyrer“ errichtet. In dieser institutionalisierten Erinnerung wurden verschiedene historische Ereignisse überblendet: Die Schlacht auf dem Krbava-Feld 1493 gegen die Osmanen, der Kampf der *Ustaša* im Zweiten Weltkrieg und der Kroatienkrieg in den 1990er Jahren.<sup>14</sup> Die zyklische Wiederholung des Opfertods für das Vaterland wurde so in einer zeitlosen Gedenkarchitektur und -praxis aufgehoben.

Die Außenpolitik der osteuropäischen Staaten setzt oft Geschichtsmythen ein, die vor allem nach dem Jahr 2000 wieder aktiviert wurden. Die wichtigste treibende Kraft ist dabei die Inkongruenz von historischen Territorien und aktuellem Nationalstaat. Postimperialer Phantomschmerz und patriotisches Märtyrertum sind die wesentlichen Elemente der staatlichen Geschichtspolitik in Osteuropa. Nicht in jedem Fall ist die rhetorische Begründung immer auch der wahre Antrieb einer bestimmten außenpolitischen Stoßrichtung. Oft stehen handfeste finanzielle oder machtpolitische Interessen auf dem Spiel. Innenpolitisch lassen sich aber be-

---

<sup>14</sup> VJERAN PAVLAKOVIĆ, Fulfilling the Thousand-Year-Old Dream. Strategies of Symbolic Nation-Building in Croatia, in: Strategies of Symbolic Nation-Building in South Eastern Europe, hg. v. PAL KOLSTØ, Farnham / Burlington 2014, S. 19–50.

stimmte außenpolitische Verhaltensweisen über historisierende Narrative publikumswirksamer vermitteln. So begründete Putin seine aggressive Ukraine-Politik mit der Behauptung, Russen und Ukrainer seien „ein Volk“, das über eine tausendjährige Geschichte verfüge.<sup>15</sup> Eingebettet ist diese letztlich auf die Zarenzeit zurückgehende Konzeption in den größeren Kontext der *Russkij Mir*-Strategie, die einen durch die russische Sprache und Kultur definierten „einzigartigen“ zivilisatorischen Raum eröffnet. Umgekehrt forciert die Ukraine auf der internationalen Bühne die Deutung des Hungers von 1932/33 als Genozid mit unterschiedlichem Erfolg: Die nationalen Parlamente in Australien, Kanada, Mexiko, den USA, Georgien, Estland, Lettland, Polen und Ungarn haben sich dieser Einschätzung angeschlossen, während das Europäische Parlament sich damit begnügte, den Holodomor als „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ zu bezeichnen.<sup>16</sup>

Die Regierung der polnischen Partei Recht und Gerechtigkeit (*Prawo i Sprawiedliwość*, PiS) vergleicht die Nordstream-Pipeline mit einem neuen Hitler-Stalin-Pakt. Viktor Orbán definierte Ungarn im neuen Grundgesetz von 2012 nicht mehr in erster Linie als Nationalstaat, sondern als Nation. Mittlerweile haben 2,5 Millionen ethnische Ungarn in den nach Trianon verlorenen Gebieten ungarische Pässe erhalten. Der langjährige rumänische Präsident Traian Băsescu setzte sich für eine „Wiedervereinigung“ von Rumänien und Moldawien ein und rekurrierte mit diesem Projekt auf die Zwischenkriegszeit.

Diese Beispiele bezeugen die verbreitete Anwendung geschichtsbasierter Außenpolitik in Osteuropa. Die prominente Positionierung der eigenen Nation in internationalen Kontexten, die Sicherung von Einflussphären im nahen Ausland und die Einschwörung der nationalen Gemeinschaft auf ein gemeinsames Narrativ gehen dabei Hand in Hand.<sup>17</sup>

---

<sup>15</sup> 20 Questions with Vladimir Putin. Putin on Ukraine [20.2.2020], youtube.com/watch?v=NG6dxqwxGE4 (Zugriff: 05.10.2020).

<sup>16</sup> ANDRII PORTNOV, Der Holodomor als Genozid. Historiographische und juristische Diskussionen, in: Osteuropa 70 (2020), H. 1–2, S. 31–49, hier S. 33.

<sup>17</sup> ULRICH SCHMID, *Bewegte Geschichtsbilder. Filmische Modellierung von Historizität in Russland, der Ukraine und Polen*, Köln 2019.